

BERLINER SOZIALGIPFEL



11. Berliner Sozialgipfel 2021 Sozial? Gerecht? Solidarisch?

Acht starke Organisationen haben sich im Berliner Sozialgipfel zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine soziale und gerechte Politik für Berlin zu kämpfen. 2021 richten wir unsere Forderungen an die Berliner Kandidierenden für die Bundestagswahl. Damit stellen wir klar, welche erhebliche Bedeutung dieser Wahl für die Menschen in Berlin zukommt.

1. Verteilungsgerechtigkeit schaffen!

Die notwendige sozial-ökologische Transformation und der Wiederaufbau nach der Pandemie können nur gestaltet werden mit einem aktiven und handlungsfähigen Staat. Erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, bezahlbares Wohnen sowie Mobilität sind nötig. Zugleich hat sich die Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen verschärft.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Die öffentlichen Haushalte müssen zukunftsorientiert ausgestattet und Verteilungsgerechtigkeit muss erreicht werden. Das Gemeinwesen muss ausfinanziert werden. Hohe Einkommen und Vermögen haben dazu ihren Beitrag zu leisten: Bei einer grundlegenden Steuerreform muss die Vermögenssteuer wiedereingeführt und die Spitzensteuersätze müssen angehoben werden. Die bestehende Schuldenbremse ist abzuschaffen.

2. Wandel mit Guter Arbeit

Neue Technologien, die Digitalisierung und die klimabedingte Transformation verändern den Arbeitsmarkt rasant. Die Beschäftigten müssen darüber mitbestimmen können und mit flächendeckend tarifgebundener Guter Arbeit und Qualifizierung schritthalten können. Prekäre Beschäftigungsformen sind nicht zukunftsfähig.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Die betrieblichen Mitbestimmungsrechte müssen gesetzlich gestärkt und ausgebaut werden hinsichtlich erleichterter Wahlen und erweiterten Rechten sowohl bei traditionellen als auch bei neuen Mitbestimmungsfeldern wie dem Klimaschutz und der Digitalisierung. Die Beschäftigten brauchen ein Recht auf lebensbegleitendes Lernen mit verbindlichen Freistellungs- und Weiterbildungsansprüchen. Für selbstbestimmtes mobiles Arbeiten inklusive Homeoffice muss ein gesetzlicher Ordnungsrahmen eingeführt werden. Faire Arbeitsbedingungen inklusive sozialer Absicherung für Soloselbständige müssen auch in der Plattformökonomie gelten. Jugendliche brauchen eine Ausbildungsgarantie. Prekäre Beschäftigungsformen müssen überwunden werden,

insbesondere durch eine Sozialversicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse ab der ersten Arbeitsstunde. Leiharbeit und Werkverträge sind einzuschränken. Eine schlagkräftige Arbeitsinspektion muss Verstöße gegen Mindestarbeitsbedingungen wirksam kontrollieren und sanktionieren.

3. Soziale Sicherung gerecht, solidarisch und zukunftsfest gestalten!

Die Corona-Pandemie hat die Schwachstellen bei der sozialen Sicherung deutlich gemacht und die Spaltung in der Gesellschaft verstärkt. Besonders betroffen sind Menschen in hohem Lebensalter, mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen, Pflegebedürftige und Kinder.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Die sozialen Sicherungssysteme müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben bedarfsgerecht erfüllen können. Gesamtgesellschaftliche Leistungen in den Sozialversicherungssystemen müssen über Steuern finanziert und dadurch der Zugriff des Staates auf die Sozialversicherungsbeiträge beendet werden. Für die gesetzliche Altersversorgung ist eine Erwerbstätigenversicherung zu schaffen unter Einbeziehung von Selbständigen, Politikern und Beamten. Die gesetzliche Pflege- und Krankenversicherung ist als Bürgerversicherung zu erweitern unter Einbeziehung grundsätzlich aller Bürger:innen und weiterer Einkunftsarten.

4. Armut trotz Arbeit und Armut im Alter bekämpfen!

Von Armut bei Arbeit und im Alter sind unterschiedliche gesellschaftlichen Gruppen betroffen, insbesondere gilt dies für Frauen und Alleinerziehende. Für sie bleibt die gesellschaftliche Teilhabe ein leeres Versprechen.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

In der Erwerbsphase müssen Rentenansprüche insbesondere durch tariflich abgesicherte Löhne sowie ausreichende Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege aufgebaut werden können. Ebenso sind bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase nötig. Um den gesetzlichen Mindestlohn bei Arbeit und im Alter armutsfest zu machen, muss er zügig auf mindestens 12 Euro steigen und weiterhin halbjährlich angepasst werden.

Bei der Grundsicherung im Alter sind die Regelsätze spürbar zu erhöhen. Auf die Einkommensanrechnung bei der Grundrente muss verzichtet und Zeiten der Arbeitslosigkeit und Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung zu den Grundrentenzeiten gezählt werden. Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.

5. Arbeitslosenversicherung wiederherstellen!

Aufgabe der Arbeitslosenversicherung ist ein grundsätzlicher Schutz bei Arbeitslosigkeit. Dennoch erhält nur ein Drittel der Arbeitslosen im Falle von Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.



Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Der Zugang zum Bezug von ALG-I muss erleichtert und die Dauer des Leistungsbezuges ausgeweitet werden. Bedarfsorientierte Angebote der beruflichen Umschulung und Fortbildung sind auszuweiten, und die Förderung von Langzeitarbeitslosen ist durch Eingliederungsmaßnahmen zu verbessern. Das Leistungssystem des SGB II muss grundlegend reformiert und als eigenständige, teilhabeorientierte soziale Mindestsicherung ausgestaltet werden. Ihr muss eine transparente, bedarfsgerechte Bemessung der Regelbedarfe zugrunde liegen.

6. Inklusiven Arbeitsmarkt voranbringen!

Die 2009 von der Bundesregierung ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention ist trotz verschiedener Gesetze zur Inklusion auf Bundes- und Berliner Landesebene, zuletzt das Teilhabestärkungsgesetz, sowie Nationaler Aktionspläne und der „Berliner Erklärung“ bei weitem nicht erfüllt.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Für Menschen mit Behinderungen muss ein inklusiver Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Beschäftigungspflichtquote für Unternehmen und Verwaltung ist bedarfsgerecht auf mindestens sechs Prozent zu erhöhen. Unternehmen müssen ihre Gesetzespflichten erfüllen. Die Überwachung ist zu intensivieren, Zuwiderhandlungen sind verstärkt zu verfolgen, und Anreize zur Erfüllung der Beschäftigungspflicht sind zu verbessern. Erforderlich hierzu sind verbindliche Stufen- und Zeitpläne sowie Fördermaßnahmen, aber auch wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung. Die Ausgleichsabgabe ist zu verdoppeln und zusätzlich für solche Unternehmen zu erhöhen, die keinen einzigen Menschen mit Behinderung beschäftigen. Zudem braucht es gezielte Qualifizierungs- und Rehabilitationsangebote, gerade auch für langzeitarbeitslose und ältere schwerbehinderte Menschen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann neue Chancen bieten, etwa mehr Homeoffice für Menschen mit Behinderungen, sie darf jedoch nicht zu neuen Benachteiligungen führen.

7. Inklusion und Partizipation

Die Corona-Pandemie wirkte sich für Menschen mit Behinderungen besonders belastend aus. Eine Einbeziehung von Vertretern der Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache in die Krisenstäbe unterblieb.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Die Corona-Krise muss konsequent analysiert werden. Für zukünftige pandemische Krisen muss ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung der Expertise der Menschen mit Behinderungen entwickelt werden. Überfällig ist eine zentrale, nach Bund und Bundesländern geordnete Website, die schnell und barrierefrei aktuelle Kriseninformationen zugänglich macht. Erforderlich ist auch die Schaffung einer bundeseinheitlichen Notfallplattform für Assistenzvertretungen.



8. Barrierefreiheit und Inklusion in allen Lebensbereichen verwirklichen

Inklusion und Teilhabe gelingen nur mit umfassender Barrierefreiheit. Die gesetzliche Pflicht zur Barrierefreiheit für die Privatwirtschaft muss endlich durchgesetzt werden. Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung für ein inklusives Leben auch anderer Personengruppen, insbesondere älterer Menschen sowie Familien mit Kindern. Dies gilt z. B. für Mobilität und Verkehr, Gesundheitsdienste, Einkaufsläden, Internetportale, die Verwaltung, aber auch Arbeitsstätten. Besonders dringend ist Barrierefreiheit beim Wohnraum.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Verlässliche und bedarfsgerechte Zuschüsse zur Beseitigung der Barrieren sind auch für Privatpersonen nötig. Eine Übersicht über den Bestand barrierefreier Wohnungen muss durch bundesweite Datenbanken ermöglicht werden. Bei Neu- und Umbauten von Wohnungen ist umfassende Barrierefreiheit sicherzustellen. Die Verpflichtung zum Rückbau von Einbauten zur Barrierefreiheit auf Kosten der Mietenden muss vollständig abgeschafft werden.

9. Strukturelle Barrieren zu öffentlichen Leistungen abbauen!

Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erleben in Beratungsstellen täglich, dass vielen Menschen der Zugang zu sozialen Leistungen und damit die Wahrnehmung ihrer Rechte strukturell erschwert oder sogar verwehrt wird. Diese Benachteiligung hat sich während des Lockdowns noch verschärft. Eine umfassende Beratung für Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen findet selten statt, fremdsprachliche Ausfüllhilfen sind kaum vorhanden. Die Tendenz zur rechtssicheren Sprache insbesondere in Jobcentern behindert die Verständlichkeit zusätzlich.

Der Berliner Sozialgipfel fordert einen jederzeit zu gewährleistenden barrierefreien, mehrsprachigen Zugang zu öffentlichen Leistungen. Ein Rechtsanspruch auf kostenfreie Dolmetscherdienste in Fremd- und Gebärdensprachen sowie in leichter Sprache in allen behördlichen Verfahren muss eingeführt werden.

10. Pflege: Weiterentwicklung zur Vollversicherung

Die Ausgestaltung einer bedarfsgerechten Pflege – ambulant und stationär – bleibt auch nach der Verabschiedung des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG) eine dringliche sozialpolitische Aufgabe, denn der jetzt zugesagte Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro ab 2022 wird nicht ausreichen, die beschlossenen verbindlichen Tarifzahlungen für die Altenpflege ab September 2022 und die Zuschüsse bei den Eigenanteilen für die Heimbewohnenden auszufinanzieren. Beim Ausbleiben deutlich höherer Steuerzuschüsse werden die Versicherten die Verbesserungen über Beitragserhöhungen zu finanzieren haben. Dabei bleibt die überfällige Unterstützung pflegender Angehöriger in häuslicher Umgebung weiterhin außen vor. Sie müssen also immer noch auf eine Entlastungsperspektive warten. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts für entsandte Beschäftigte mit 24-Stunden-Verträgen in der häuslichen Altenpflege unterstreicht aber die Dringlichkeit des Reformbedarfs und erlaubt kein weiteres Abwarten.



Der Berliner Sozialgipfel fordert die Einführung eines gerechten und leistungsfähigen Pflegesystems. Zur Vermeidung pflegebedingter Armut müssen die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung zukünftig alle pflegebedingten Aufwendungen decken. Die soziale Pflegeversicherung muss darum zu einer Vollversicherung weiterentwickelt und als Pflege-Bürgerversicherung organisiert werden. Die private Pflegeversicherung soll unverzüglich in die solidarische Finanzierung einbezogen werden.

11. Pflege unter Corona-Bedingungen

Seit Anfang letzten Jahres hat das Corona-Virus Angst und Schrecken verbreitet. Auch die stationären Pflegeeinrichtungen wurden schlimm getroffen, denn die Zielgruppe der älteren und multimorbiden Heimbewohnenden galt als besonders gefährdet. Viele von ihnen starben allein und unbegleitet, da vielerorts aus Angst und Unsicherheit rigide Isolierungs- und Abschottungspraktiken herrschten. Genaue Zahlen über die Todesfälle bei Menschen über 65 Jahre fehlen bis heute. Verschärfend zeigten sich die seit langem bekannten Defizite und Mängel in der Pflege vor allem in der Unterversorgung mit fachlichen und psychosozialen Pflegekräften zur Betreuung und Versorgung.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

In der Pandemie und darüber hinaus anfallende Daten müssen zukünftig besser für wissenschaftsbasierte Entscheidungen genutzt werden. Krisenstäbe, Pandemieschutzpläne auf Landes- und Bezirksebene mit zukünftig klaren Vorgaben zur Prävention, zur Bevorratung zum Schutz vor Infektionen, für Resilienzmaßnahmen, Personalschulung sowie die Einbindung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als Kompetenzzentrum auf lokaler Ebene müssen unverzüglich auf den Weg gebracht werden, denn die nächste Pandemie kommt bestimmt.

12. Für einen fairen Start ins Leben – Kindergrundsicherung

Armut betrifft viele Kinder in Berlin. Jedes dritte Kind lebt hier in einer Familie, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen ist. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, zu einem gesunden Aufwachsen sowie zur Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben haben.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Es muss eine sozial gerechte Kinder- und Familienförderung in Form einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung eingeführt werden, die ab der Geburt automatisiert ausgezahlt wird. Ebenso ist eine realistische Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums nötig. Die Kindergrundsicherung soll alle pauschalen Familienleistungen – zum Beispiel das Kindergeld, den Kinderzuschlag oder die Leistungen für Bildung und Teilhabe – bündeln.

Zu einer familiengerechten Daseinsvorsorge gehört selbstverständlich das Angebot einer Ganztagsbetreuung in der Kita – mit hoher Qualität der pädagogischen Arbeit sowie ausreichend qualifiziertem Personal.



Wir brauchen bundesweit einheitliche Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen.

Um den Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung zu bekämpfen, fordern wir ausreichend Ausbildungsstätten mit hohem Qualitätsanspruch. Das Land Berlin muss den Trägern dafür endlich entsprechende Mittel zur Verfügung stellen, um das Berufsfeld attraktiver zu machen. Das schließt auch die Gewährung der Hauptstadtzulage nicht nur für die Beschäftigten in den landeseigenen Einrichtungen, sondern auch für diejenigen freier Träger mit ein, die im Land Berlin eine ebenso exzellente Arbeit verrichten wie ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst.

13. Digitale Teilhabe

Die mit enormer Geschwindigkeit voranschreitende Digitalisierung verlangt Menschen, Wirtschaft und Staat eine stetig wachsende digitale Interaktion ab. Neben allen Vorteilen für die Inklusion aller Bevölkerungsgruppen bergen z. B. Alter, Beeinträchtigungen, Bildung, Einkommen neben einer mangelnden Infrastruktur erhebliche Risiken für eine weitere Spaltung der Gesellschaft in „Off- und Onliner“. Der Verlust der Teilhabe ganzer Bevölkerungsgruppen ist die Konsequenz.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Bei Zugang, Hard- und Software ist die Barrierefreiheit durchgängig umzusetzen. Eine Digitalassistentz ist nebst einer altersübergreifenden digitalen Grundausstattung und Unterstützung für Senior:innen zu schaffen. Die analoge Zugänglichkeit ist in allen Bereichen der Daseinsvorsorge neben dem digitalen Angebot auch zukünftig weiter aufrechtzuerhalten.

14. Bezahlbares Wohnen gewährleisten!

In Berlin wie in vielen anderen wachsenden Kommunen fehlt ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnungsangebot. Die Mieten steigen bei neuen Verträgen und im Bestand. Vor allem Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen kämpfen weiterhin mit einer hohen Wohnkostenbelastung. Während die Vermögen aus Immobilieneigentum weiter gewachsen sind, bleibt Wohnen für viele Haushalte ein Armutsrisiko. Es muss grundsätzlich umgesteuert werden.

Der Berliner Sozialgipfel fordert:

Für die nächsten sechs Jahre muss ein Mietestopp (mit Ausnahmen für Gemeinwohl-Anbieter mit unterdurchschnittlichen Miethöhen) durchgesetzt werden. Jede Vernichtung von preiswertem Wohnraum muss verhindert werden, sei es durch wirksame Mietenbegrenzung bei neuen Verträgen, bei Abriss und anderer Zweckentfremdung wie Ferienwohnungsvermietung oder Umwandlung in Eigentum. Für soziales und klimagerechtes Wohnen muss der Gebäudebestand besser genutzt werden, auch um möglichst wenig Neubau notwendig zu machen. Der Neubau selbst muss ökologisch und bedarfsgerecht erfolgen, dazu sind Bodenpreise und Bodennutzung zu regulieren und stärker an das Gemeinwohl zu binden. Entwicklungsmaßnahmen, handhabbare Baugebote und Sozialwohnungsbauverpflichtungen müssen der Spekulation mit Grund und Boden entgegenwirken.